

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 8. September 1967

Nummer 36

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des spezifischen Arbeitsaufwands in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland

Das Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Industrie hat sich seit etwa zwei Jahren kontinuierlich verlangsamt. In einigen Industriezweigen setzten sich im Verlauf des konjunkturellen Abschwungs starke rezessive Tendenzen durch, die sogar zu Produktivitätsrückgängen geführt haben. Im ersten Quartal dieses Jahres war das Produktivitätswachstum am schwächsten. Das Nettoproduktionsvolumen je Beschäftigten verharrte in dieser Phase auf dem Vorjahresstand und die Produktion je Beschäftigtenstunde nahm nur noch um 2,3 vH zu.

Im zweiten Vierteljahr 1967 wurde die Tendenz sich ständig verringernder Zuwachsraten erstmals wieder unterbrochen. Bei der überwiegenden Zahl der Industriezweige wurden höhere Produktivitätszuwächse bzw. geringere Produktivitätsrückgänge gemessen als in den vorangegangenen Vierteljahren. Dies gilt für alle Produktivitätsmaße. Die Industrie scheint nunmehr auf einen „normalen“ Pfad der Produktivitätsentwicklung zurückzukehren.

Die seit mehr als einem Jahr ständig unter dem üblichen Maß liegenden Produktivitätsfortschritte sind die Folgen der konjunkturellen Entwicklung. Sie sind in erster Linie ausnutzungsbedingt — auch das Arbeitskräftepotential wurde nicht vollständig dem rezessiven Produktionsstand angepaßt — und keineswegs etwa vom technischen Fortschritt limitiert, der sicherlich nicht geringer war als in anderen

Konjunkturphasen. Es ist sogar anzunehmen, daß weit größere Produktivitätsfortschritte möglich gewesen wären, weil die Unternehmen ihre Investitionsausgaben stärker für die Rationalisierung eingesetzt haben. Auch die Entlassungen mögen eine gewisse strukturelle Verbesserung der Produktivität bewirkt haben, da sie sich offensichtlich überwiegend auf unterdurchschnittlich produktive Arbeitskräfte konzentrieren. Zudem wird behauptet, daß die Entlassungen zu einer höheren „Arbeitsmoral“ bei denjenigen geführt haben, die ihren Arbeitsplatz behielten. Alle diese Effekte haben jedoch keinen zahlenmäßigen Niederschlag bewirken können: Die Arbeiterstundenproduktivität ist seit Beginn der Entlassungen von Arbeitskräften in der Industrie keineswegs schneller gewachsen als gewohnt, sondern langsamer. Sicher ist jedoch, daß im letzten Jahr nicht unerhebliche Produktivitätsreserven geschaffen worden sind, die dann voll zum Tragen kommen werden, wenn sich die Nachfrage nach Erzeugnissen der Industrie wieder dem Angebotspotential anzupassen beginnt.

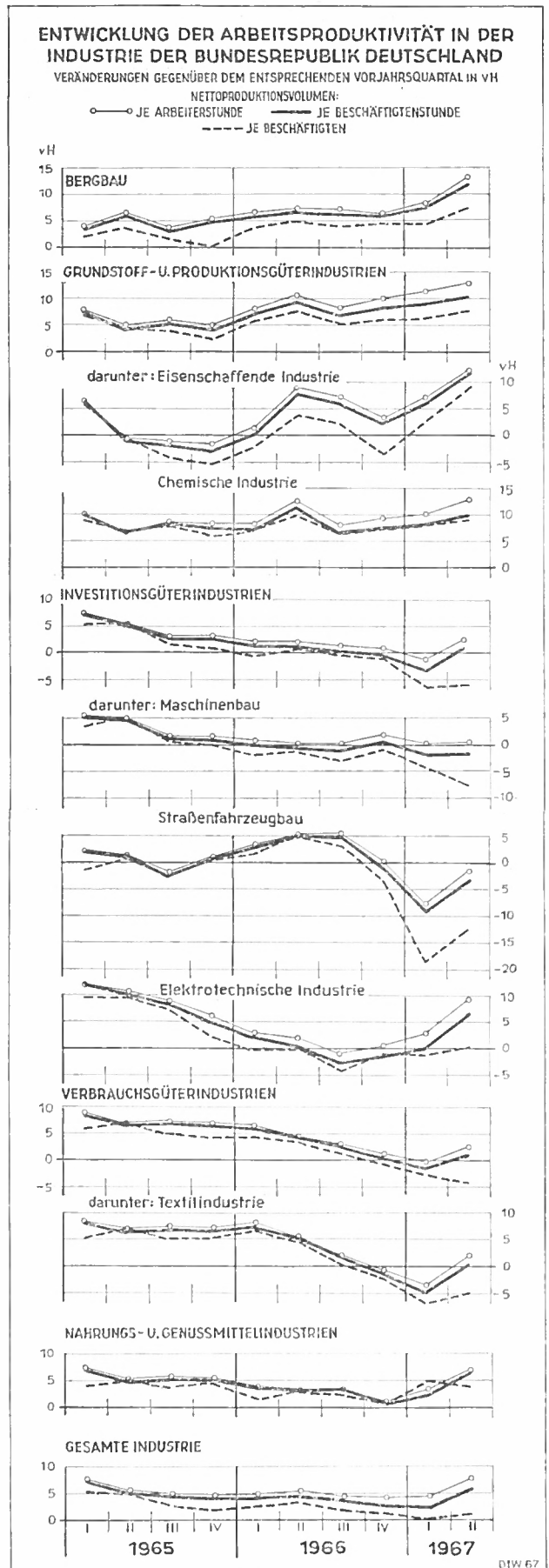
Innerhalb der gesamten Industrie hat sich die Produktivität recht unterschiedlich entwickelt. Neben dem Bergbau ist die Produktivität der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien kaum von dem konjunkturellen Einbruch betroffen worden. Zwar litten einige Zweige, wie die Kautschuk- und asbestverarbeitende Industrie und die Industrie der Steine

und Erden, unter Nachfragemangel. Die dadurch ungünstig beeinflusste Produktivitätsentwicklung hat aber kaum Rückwirkungen auf den Produktivitätsfortschritt des ganzen Grundstoffbereichs, der vorwiegend von der Chemischen und der Eisenschaffenden Industrie bestimmt wird.

Ungünstiger war die Entwicklung im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Hier hat sich das Wachstum der Produktivität seit dem ersten Quartal 1965 ständig verlangsamt. Nach einem kaum noch nennenswerten Anstieg im letzten Vierteljahr 1966 wurde aber im ersten und besonders im zweiten Vierteljahr dieses Jahres wieder ein beachtlicher Zuwachs erzielt.

Ungewöhnliche starke Produktivitätseinbußen haben dagegen bis in das erste Vierteljahr dieses Jahres die Investitionsgüter- und die Verbrauchsgüterindustrien erlitten. Der Maschinenbau, der Fahrzeugbau, die Elektrotechnische Industrie sowie die Textilindustrie sind jene Industriezweige, die die konjunkturelle Schrumpfung der Nachfrage nach Ausrüstungen und längerlebigen Verbrauchsgütern am stärksten zu spüren bekamen. Zwar versuchte man durch Kurzarbeit und Entlassung von Arbeitskräften, den Arbeitsinput an die Situation anzupassen. Man vermied jedoch in Erwartung einer baldigen konjunkturellen Besserung der Lage eine angemessene Reduzierung des Beschäftigtenstandes, wodurch das Produktivitätswachstum erheblich gedrosselt wurde. Sicherlich wurden auch manche Unternehmen gezwungen, mehr Arbeitskräfte „durchzuhalten“ als die Nachfrage erlaubte, weil wegen der Qualifikation der betreffenden Beschäftigten die Gefahr bestand, sie bei einer Besserung der Lage nicht sofort wieder zur Verfügung zu haben. Vor allem im Bereich des Maschinenbaus deutet die Stagnation der Arbeiterstundenproduktivität dieses Verhalten der Unternehmen an.

Im zweiten Vierteljahr scheint sich jedoch im Investitionsgüter- wie im Verbrauchsgütersektor eine leichte Zunahme des Produktivitätswachstums durchzusetzen. Besonders deutlich wird die Verbesserung der Entwicklung bei der Arbeiterstundenproduktivität. Es wird jedoch noch einer erheblichen Steigerung der Nachfrage bedürfen, bis das Wachstum der Produktion je Beschäftigten auch in den besonders betroffenen Zweigen der Verbrauchs- und der Investitionsgüterindustrien wieder als befriedigend gelten kann.



Einsparung menschlicher Arbeitskraft in der westdeutschen Industrie

Industriegruppe bzw. -zweig	Beschäftigte				Arbeiter				Arbeiterstunden			
	je 1 Mill. DM Nettoproduktionsvolumen ¹⁾								je 1000 DM Nettoproduktionsvolumen ¹⁾			
	1958	1964	1965	1966	1958	1964	1965	1966	1958	1964	1965	1966
Bergbau	76	49	48	47	68	43	42	40	131	79	75	70
Grundstoff- u. Produktionsgüter-Industrien	52	34	33	31	42	26	25	23	89	53	50	46
Industrie der Steine und Erden	61	42	42	40	53	35	35	33	120	78	77	72
Eisen- und Stahlindustrie	59	45	45	45	51	37	37	37	104	73	73	70
NE-Metallindustrie	59	44	45	45	49	35	36	35	103	69	70	68
Chemische Industrie	43	27	25	23	30	18	16	15	63	34	32	29
Mineralölverarbeitung	15	6	6	5	11	4	4	3	24	8	7	6
Kautschuk und Asbest verarbeitende Industrie	67	51	49	49	54	41	39	39	107	76	72	71
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	68	46	44	41	57	38	36	33	125	80	76	68
Zellstoff- und Papiererzeugung	52	38	36	34	44	32	30	28	100	68	63	59
Investitionsgüterindustrien	74	58	56	56	59	44	42	42	124	85	81	79
Stahlbau	81	68	65	65	63	51	49	49	138	107	102	100
Maschinenbau	73	62	60	62	57	45	43	44	120	89	86	85
Straßenfahrzeugbau	59	45	46	45	50	37	37	36	103	72	71	68
Schiffbau	98	81	79	78	86	67	65	64	183	136	131	128
Elektrotechnische Industrie	75	58	55	55	56	42	39	38	115	77	72	70
Feinmechanische und optische Industrie	95	72	69	68	77	55	53	51	156	102	97	93
ESBM-Industrie	77	55	52	53	64	44	42	42	135	86	82	81
Verbrauchsgüterindustrien	90	63	60	59	77	52	49	48	156	98	92	88
Feinkeramische Industrie	98	71	69	68	86	60	58	57	178	114	108	106
Glasindustrie	79	52	49	48	69	45	42	40	147	88	81	77
Holzverarbeitende Industrie	92	61	57	55	79	50	47	45	169	102	94	90
Musikinstrumenten- und Spielwaren-Industrie	88	62	60	58	74	51	49	47	155	96	92	86
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	75	59	57	57	62	48	46	46	132	93	88	85
Druckerei- und Vervielfältigungs-Industrie	74	58	56	55	60	47	45	44	129	93	88	84
Kunststoffverarbeitende Industrie	69	41	37	35	56	32	29	28	117	62	56	52
Leder-Industrie	100	78	76	77	87	66	64	65	173	121	116	115
Textilindustrie	94	59	55	54	80	49	46	45	158	91	84	81
Bekleidungsindustrie	101	87	83	85	86	74	71	72	168	131	123	123
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	31	23	22	21	24	17	16	15	52	34	32	31
Gesamte Industrie	66	47	45	44	54	37	35	34	111	71	67	64

¹⁾ Berechnet mit dem Index der industriellen Nettoproduktion, kalendermonatlich, 1958 = 100, durch Fortschreibung der Nettoproduktionswerte von 1958.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Die Zeitreihen der reziproken Arbeitsproduktivität (spezifischer Arbeitseinsatz) zeigen, welche Einsparungen an Arbeitskräften und Arbeitszeiten die Produktivitätsfortschritte in den verschiedenen Branchen von Jahr zu Jahr ermöglicht haben. So erforderte die Erzeugung eines Nettoproduktionsvolumens von jährlich einer Million DM (zu Preisen von 1958) im Durchschnitt der gesamten Industrie und des Jahres 1966 den Einsatz von 44 das ganze Jahr hindurch beschäftigten Arbeitskräften gegenüber 47 Beschäftigtenjahren 1964 und 66 im Jahre 1958. Bemerkenswert ist bei dieser Entwicklung, daß die Abnahme der Zahl der Beschäftigten je Einheit Nettoproduktionsvolumen vorwiegend zu Lasten der Arbeiter ging, während die Zahl der Inhaber und Angestellten konstant geblieben ist.

Noch stärker verminderte sich der spezifische Bedarf an Arbeitszeit: 1000 DM Nettoproduktionsvolumen wurden 1958 noch in 111 Arbeiterstunden, 1964 in 71 Arbeiterstunden und im Jahre 1966 in nur noch 64 Arbeiterstunden erbracht. Es ist zu erwarten,

daß auch in diesem Jahr trotz der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung die spezifische Arbeitszeit weiterhin — allerdings aus den erwähnten Gründen nur wenig — abnehmen wird.

Die Spanne zwischen den Extremlagen der Arbeitsproduktivität in der Industrie hat sich auch in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Der geringste Arbeitseinsatz ist nach wie vor in der Mineralölverarbeitenden Industrie erforderlich, während die Bekleidungsindustrie mit 85 Beschäftigten je eine Million DM Nettoproduktionsvolumen die arbeitsintensivste Branche geblieben ist. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Entwicklung im Bereich der Verbrauchsgüterindustrien, die in den letzten Jahren nicht unbeträchtliche Rationalisierungserfolge errungen haben. Im wesentlichen haben dazu die Textilindustrie und die Kunststoffverarbeitende Industrie beigetragen. Dennoch konnte der Produktivitätsvorsprung der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien noch immer nicht eingeholt werden.

Mehr als 100 Millionen Erwerbstätige in der Sowjetunion

Eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion wird durch das Fehlen einer umfassenden Beschäftigungsstatistik außerordentlich erschwert. Die amtliche sowjetische Statistik beschränkt sich auf die Veröffentlichung der Zahl der Beschäftigten, die in Staatsbetrieben und Verwaltungen tätig sind. Über mehr als ein Viertel aller Erwerbspersonen aber wird nicht berichtet: Kolchosniki¹, Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Angehörige des Militärs und militärähnlicher Organisationen bleiben unberücksichtigt. Um dennoch ein Gesamtbild der Beschäftigung in der Sowjetunion zu erhalten, mußte der Umfang dieses Personenkreises anhand der Volkszählungsergebnisse vom 15. Januar 1959 geschätzt werden. Dies gilt auch für die Aufteilung nach Wirtschaftsbereichen².

Großer Umfang der Frauenarbeit

Die Berechnung ergibt, daß im Jahre 1965 die Zahl der Erwerbspersonen in der Sowjetunion mit 109 Millionen einen Anteil von 48 vH an der Gesamtbevölkerung erreicht hat. Diese auch im internationalen Maßstab recht hohe Erwerbsquote (Bundesrepublik 1965: 46 vH) ist vor allem auf den großen Umfang der Frauenarbeit zurückzuführen: 1965 waren in der Sowjetunion mehr als die Hälfte aller Beschäftigten Frauen (Bundesrepublik 1965: 32 vH). Die Ursache für diesen hohen Frauenanteil liegt in der Notwendigkeit, die hohen Kriegsverluste auszugleichen, von denen vor allem die männliche Bevölkerung betroffen war. Durch Nachrücken jüngerer Geburtsjahrgänge wird sich die Geschlechterstruktur der sowjetischen erwerbstätigen Bevölkerung in den nächsten Jahren allmählich zugunsten der Männer verschieben.

Daß trotz dieses hohen Beschäftigungsgrades der Frauen die sowjetische Erwerbsquote die der Bundesrepublik nicht stärker übersteigt, liegt daran, daß die Beschäftigten in der Sowjetunion früher das Rentenalter erreichen³. Die Quote wird jedoch andererseits dadurch positiv beeinflusst, daß sich 1965 schätzungsweise 5 Millionen der erwerbstätigen Frauen und 2 Millionen der erwerbstätigen Männer bereits im Rentenalter befunden haben.

Unter Berücksichtigung der beschäftigten Rentner wiederum läßt sich errechnen, daß 1965 75 vH der

Frauen und 84 vH der Männer im erwerbsfähigen Alter tatsächlich erwerbstätig gewesen sind. Bei einer Zahl von etwa 10 Millionen Schülern und Studierenden sowie vielen durch Kriegsereignisse vorzeitig Invaliden läßt dies auf eine volle Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials der Männer schließen; unter den nicht berufstätigen Ehefrauen dürften dagegen mobilisierungsfähige Reserven liegen.

Insgesamt hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in der Sowjetunion seit 1950 um fast 30 vH und im Jahresdurchschnitt um 1,7 vH erhöht. Die einzelnen Wirtschaftsbereiche waren an dieser Entwicklung unterschiedlich beteiligt.

Landwirtschaft dominiert noch immer

Der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten (einschl. der mithelfenden Familienangehörigen) ist in der Sowjetunion mit knapp 36 vH im Jahre 1965 für ein nunmehr stark industrialisiertes Land immer noch sehr hoch. In der Bundesrepublik sind gegenwärtig nur 11 vH aller Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig.

In den Jahren 1950—1959 hatte sich die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen nur wenig verändert; die Umwandlung von Kolchosen in Sowchose bewirkte lediglich eine verstärkte Verlagerung der Beschäftigung vom kollektiven zum staatlichen Bereich. Erst seit 1959 ist die Zahl der Erwerbstätigen in nennenswertem Umfang zurückgegangen. Betroffen hiervon waren vor allem die Kolchose, während im Bereich der Sowchose die Zahl der Beschäftigten weiterhin gestiegen ist. Die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen und Selbständigen ist demgegenüber laufend gesunken. Dieser Personenkreis besteht überwiegend aus den weiblichen Angehörigen der in den Kolchosen oder Staatsgütern Beschäftigten, die entweder als Mütter

¹ Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften.

² Bei der Verteilung der Beschäftigten auf die Wirtschaftsbereiche ist zu beachten, daß rund 2 Millionen der in Sowchosen und Kolchosen Beschäftigten nicht landwirtschaftlich, sondern in industriellen Nebenbetrieben, im Transportwesen oder im Verwaltungsapparat tätig sind. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß das Handwerk als Wirtschaftsbereich in der Sowjetunion nicht mehr besteht. Mit der Verstaatlichung der genossenschaftlichen Gewerbebetriebe wurden ihre Beschäftigten dem jeweiligen staatlichen Sektor zugeschlagen. So zählt das produzierende Handwerk zur Industrie; die hergestellten Waren werden über das Handelsnetz vertrieben.

³ Die Altersgrenze liegt in der Sowjetunion für Männer bei 60 und für Frauen bei 55 Jahren; eine Ausnahme bilden die Kolchosniki, die das Rentenalter jeweils 5 Jahre später erreichen.

Die Beschäftigung in der Sowjetunion nach Wirtschaftszweigen

Bereiche	1950		1955		1960		1965			Veränderungen 1950/65 in vH	
	1000 Pers.	darunter Frauen in vH	1000 Pers.	darunter Frauen in vH	1000 Pers.	darunter Frauen in vH	1000 Pers.	darunter Frauen in vH	ins- gesamt = 100	1950 = 100	i. Jahres- durch- schnitt
Land- und Forstwirtschaft ¹⁾	43 481	67	42 846	63	40 782	60	38 969	60	35,6	90	-0,7
davon:											
Staatsgüter	3 437	49	6 157	46	7 123	43	9 167	44	8,4	267	6,8
Kolchose	27 600	64	24 800	61	22 300	57	18 900	57	17,3	68	-2,5
Forstwirtschaft	444	·	389	·	359	·	402	·	0,4	91	0,4
Mithelf. Familienangehörige u. Selbständige ²⁾	12 000	80	11 500	80	11 000	80	10 500	80	9,6	88	-0,9
Industrie	15 317	45	18 823	45	22 291	45	27 056	46	24,7	177	4,0
Bauwesen	2 603	33	3 217	31	5 143	29	5 617	29	5,1	216	5,0
Handel und Gaststätten	3 360	58	3 725	64	4 675	66	6 009	72	5,5	179	4,0
Verkehrswesen	4 659	33	5 666	32	7 017	28	8 259	29	7,6	177	3,9
davon:											
Eisenbahnen	2 068	·	3 202	·	2 348	·	2 312	·	2,1	112	0,7
Schifffahrt	222	·	285	·	322	·	348	·	0,3	157	3,1
Straßenverkehr	1 827	·	2 468	·	3 609	·	4 592	·	4,2	251	6,5
Nachrichtenwesen	542	59	611	60	738	64	1 007	65	0,9	186	4,2
Bildungswesen	3 315	69	3 988	69	4 803	69	6 600	71	6,0	199	4,7
Gesundheitswesen	2 051	84	2 627	85	3 461	85	4 277	86	3,9	209	5,0
Wissenschaft und Forschung	714	43	992	41	1 763	42	2 624	44	2,4	368	9,1
Kredit- und Versicherungswesen	264	58	265	63	265	68	300	72	0,3	114	0,9
Kommunale Wirtschaft und Verwaltung	3 202	43	2 918	47	3 165	51	3 846	55	3,5	120	1,3
Übrige Bereiche	1 054	·	1 413	·	1 967	·	2 761	·	2,5	262	7,2
Militär	4 600	0	5 000	0	3 000	0	3 000	0	2,7	65	-2,8
Volkswirtschaft, insgesamt	84 620	54	91 480	52	98 332	51	109 318	51	100	129	1,7

¹⁾ Einschl. Nebenbetriebe nichtlandwirtschaftlicher Art. — ²⁾ Einschl. selbständiger Gewerbetreibender und Freischaffender (Künstler, Schriftsteller), 1965 unter 100 000 Personen.
Quelle: Statistische Jahrbücher der UdSSR.

von Kleinkindern oder aus Altersgründen nur noch als Teilbeschäftigte mithelfend tätig sind. Die Zahl der kleinen Einzelbauern, Viehhalter oder der anderen in der Landwirtschaft Selbständigen ist nur noch gering.

Mit der industriellen Entwicklung hat sich die Beschäftigung in der *Industrie* und im *Bauwesen* stark ausgeweitet: Mit fast 33 Millionen sind in diesen Wirtschaftsbereichen fast doppelt so viele Personen beschäftigt wie 1950; ihr Anteil von 30 vH an der Gesamtbeschäftigung ist jedoch im internationalen Vergleich noch verhältnismäßig niedrig.

Das sowjetische Handelsnetz ist, nicht zuletzt infolge vielfältiger regionaler Besonderheiten, weiterhin außerordentlich weitmaschig. So ist es zu erklären, daß trotz eines Anstiegs der Beschäftigtenzahl um 80 vH seit 1950 der Anteil der im *Handel* Beschäftigten (einschließlich Gastgewerbe⁴⁾ zur Zeit nur knapp 6 vH der insgesamt Erwerbstätigen ausmacht.

Das sowjetische *Transport- und Nachrichtenwesen* hat einen verhältnismäßig hohen Beschäftigtenstand. Während die Zahl der bei der Eisenbahn Tätigen seit 10 Jahren stagniert, ist die Zuwachsrate der Beschäftigten in den übrigen Zweigen des Verkehrswesens hoch. Zweifellos schlägt sich hierin die industrielle Expansion der letzten Jahre, doch auch die Erschließung und der Ausbau neuer Ballungszentren nieder.

Weitaus am stärksten gestiegen ist die Beschäftigung im *Bildungs- und Gesundheitswesen* sowie in den Bereichen der *Wissenschaft und Forschung*. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung, der 1950 noch bei etwa 7 vH gelegen hatte, erreichte 1965 12,3 vH. In diesen Bereichen hat sich die Zahl der Beschäftigten in 15 Jahren mehr als verdoppelt, im Sektor Wissenschaft und Forschung sogar mehr als verdreifacht. Vor allem die starke Förderung des Bildungswesens, der Wissenschaft und Forschung, die hier zu einem größeren Beschäftigungsanstieg als in der Industrie führte, dürfte zur raschen Überwindung partieller Rückständigkeiten beigetragen haben. Die erstrebte weitere Intensivierung der Beschäftigung in jenen Bereichen zeigt auch, welche große Bedeutung die sowjetische Regierung diesen für die weitere Industrialisierung beimißt.

Die gegenüber westlichen Industrieländern geringere Bedeutung des *Kredit- und Versicherungswesens* in der Sowjetunion schlägt sich auch in der Beschäftigtenzahl nieder. Einmal sind Bankensystem und Versicherungswesen sehr straff in den Händen des Staates zusammengefaßt, zum anderen ist der Umfang der Kredit- und Versicherungsgeschäfte geringer als in einer Marktwirtschaft. In der Sowjetunion gibt es z. B. für die gesamte staatliche Wirtschaft keine Versicherungen; Kreditvergabe an Privatpersonen ist sehr selten und der Umfang der Le-

⁴⁾ Gaststätten zählen in der Sowjetunion zum Handel, jedoch nicht das Beherbergungswesen. Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 21/1967.

bensversicherungen noch unbedeutend. Mit wachsendem Lebensstandard und steigendem Einkommensniveau bahnen sich jedoch auch in diesem, die private Vermögensbildung kennzeichnenden Bereich bereits Wandlungen an.

Insgesamt war der Anteil der in den Dienstleistungsbereichen Beschäftigten an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen mit knapp 20 vH im Jahre 1965 in der Sowjetunion fast so hoch wie in der Bundesrepublik. Die hohe Zahl der im Gesundheitswesen sowie in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung Beschäftigten gleicht die relativ niedrige Beschäftigtenzahl in anderen Dienstleistungsbereichen fast aus.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten ist mit Ausnahme des Bau- und Verkehrswesens überall recht hoch. Die eigentlichen Domänen der beschäftigten Frauen sind neben der Landwirtschaft das Gesundheits- und Bildungswesen, der Handel sowie das Kredit-, Versicherungs- und Nachrichtenwesen. In diesen Bereichen hat ihr Anteil noch immer eine steigende Tendenz, während er beispielsweise im Bau- und Transportwesen seit 1950 gesunken ist oder, wie in der Industrie, fast stagniert.

Der Anteil der Frauen in Wissenschaft und Forschung liegt zwar unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt; dies bedeutet jedoch nicht, daß Frauen im allgemeinen weniger qualifiziert sind, denn 58 vH der Bevölkerung mit mittlerer und Hochschulbildung sind Frauen. Sie stellen 73 vH der Ärzte (ohne Zahnärzte) und 92 vH des mittleren medizinischen Personals (einschl. Zahnärzte); bei den Pädagogen u. a. Berufen im Bildungs- und Erziehungswesen mit Hochschulabschluß sind 67 vH Frauen.

Ausblick

Die Entwicklung der Sowjetunion zu einem der größten Industrieländer wird sich künftig in weiteren Wandlungen der Beschäftigtenstruktur niederschlagen. Ähnlich wie in den westlichen Industrieländern wird die Zahl der in der Industrie Beschäftigten weiterhin wachsen. Mit steigendem Einkommensniveau und Lebensstandard der Bevölkerung werden auch viele Dienstleistungsbereiche an Bedeutung gewinnen. Dagegen dürfte sich der Anteil der im Bildungswesen sowie in Forschung und Wissenschaft Beschäftigten nicht mehr wesentlich erhöhen. Weiterhin schrumpfen wird mit zunehmender Mechanisierung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses die Beschäftigung in der Landwirtschaft; die Qualifikation der Beschäftigten wird in diesem Bereich stark zunehmen müssen. Durch entsprechende einkommenspolitische Maßnahmen wird die sowjetische Regierung diese Entwicklung unterstützen und damit auch unerwünschten Wanderungen und einer nicht zu übersehenden Fluktuation wirksamer als bisher begegnen. Dies gilt nicht nur für den regionalen, sondern ebenso für den qualitativen Aspekt dieses Problems. Die Tendenz zur Einkommensnivellierung, die sich vor allem für bestimmte akademische Berufe des „unproduktiven“ Dienstleistungssektors (z. B. Ärzte, Lehrer) „negativ“ auswirkt, kann zur Folge haben, daß Ausbildungsberuf und tatsächlich ausgeübte Tätigkeit einander dann häufig nicht entsprechen, wenn größere Einkommensunterschiede zuungunsten des Ausbildungsberufs bestehen. Mit allgemein wachsendem Lebensstandard werden diese Probleme jedoch wahrscheinlich an Bedeutung verlieren; immer stärker wird das erhoffte oder zu erwartende soziale Ansehen Ausbildung und Berufswahl bestimmen.